Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 0 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin GW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Inseratenpreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Zeitraub- und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., je die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Größte Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Teuerungspreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verteilt. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Gerichtsstand Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 283. | Donnerstag den 5. Dezember 1918 | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der vierten Seite.

Unerhörte Forderungen der Feinde.

Ende Sowjet-Rußlands?

Britische Kriegsschiffe sind unterwegs nach dem europäischen Osten — man weiß nur nicht wohin. Bald heißt es, sie wären nach Kiel oder Swinemünde bestimmt, bald rüsten Libau und Reval sich auf ihren Empfang. Wir sind ja nachgerade auf alles gefaßt, aber die Russen verraten eine wachsende Unruhe. Und wie uns scheinen will, haben sie dazu auch alle Veranlassung. Denn dem Sowjet-Rußland, dem Rußland der ASR will die Entente jetzt offenbar ein Ende machen. Mitteleuropa liegt wehrlos zu ihren Füßen; nun soll auch in Osteuropa aufgeräumt und Ordnung gemacht werden.

Viele Umstände werden die Engländer auch in diesem Falle nicht machen. Es bedarf keiner förmlichen Kriegserklärung, keiner veralteten diplomatischen Gebräuche, sie kommen und sind eben da und werden nach dem Rechten sehen, und wer etwas dagegen einzuwenden hat, der kann mit mündlichen und schriftlichen Protesten die Luft erschüttern soviel er will. Das Programm wird durchgeführt — Lieder ohne Worte. Verdächtig klang schon vor einigen Tagen eine Reuterdepesche über Maßnahmen der Londoner Regierung zur Wahrung der britischen Interessen bei Umwechslung des Rubelkurses in den Sterlingkurs. Da wurde mit einer „vorläufigen russischen Regierung" operiert, mit der man sich über diese Fragen verständigt habe, ohne daß doch bisher auch nur ein Sterbenswörtchen darüber verlautete, von wannen diese Regierung gekommen und welch Name und Art ihr beigelegt war. Möglich, daß damit nur die Männer gemeint waren, denen die Entente in den von ihr schon beherrschten Nordgebieten des Landes die Macht übertragen hat; aber unseres Wissens waren sie bisher niemals mit dem Ehrentitel einer vorläufigen Regierung geschmückt worden, und dann spricht die Vermutung doch auch dafür, daß Bestimmungen über Währungsfragen den Verkehr mit ganz Rußland zur Grundlage haben müssen, weil ihre Wirksamkeit sonst gar zu begrenzt und für England also ziemlich nutzlos wäre. Jedenfalls: ein Warnungs-, ein Alarmschuß, der in Petersburg und Moskau schon ganz richtig verstanden sein wird. Daneben hört man plötzlich von Verhandlungen mit der norwegischen Regierung wegen Aufstellung eines Expeditionskorps von 20 000 Mann. Als Grenzschutz, wie zur Beruhigung gesagt wird. Aber englischen Gewohnheiten würde es schon entsprechen, wenn sie selbst sich auf Besetzung der Küsten und Häfen beschränkten, die eigentliche Blutarbeit dagegen fremden Hilfsvölkern überließen. Wohl aber spielt natürlich auch die russische Mitwirkung eine große Rolle in dem Aktionsplan zur Beseitigung der „föderativen sozialistischen Räte-Republik". Der Hebel wird vom Süden und Südosten her angesetzt, wohin der letzte Rest des bürgerlichen Widerstandes in Rußland, gestützt auf Kosaken und freiwillige Heere, sich geflüchtet hat. Ob die Dinge dort schon bis zum Losschlagen gediehen sind, ist schwer zu erkennen; der Winter wird wohl militärische Unternehmungen größeren Stils nicht gerade erleichtern. Aber in Jekaterinodar soll bereits Ende November, nach einem Bericht des amtlichen Organs des Petersburger Arbeiterrates, eine außerordentliche allrussische Rada eröffnet worden sein, vor der General Denikin, der Vertrauensmann der Entente, deren Bedingungen für das neu aufzurichtende Rußland dargelegt hat. Danach fordern die Westmächte einmal eine gemeinsame Vertretung Großrußlands auf dem Friedenskongreß unter Ausschluß der Bolschewikileute, deren Herrschaft also bis dahin beseitigt sein muß, wie überhaupt unter Ausschluß aller Organisationen, die nicht mit der freiwilligen Armee über die Unteilbarkeit Rußlands einig sind. Ferner wird verlangt die Einstellung der Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen — also Blockade auch unserer Ostgrenzen der letzten, über die England bis dahin noch nicht verfügen konnte. Dafür als Gegenleistung: Rückgabe aller von den Zentralmächten besetzten Gebiete gemäß den Grenzen von 1914, was den Polen nicht gerade angenehm in den Ohren klingen wird. Und schließlich sollen auch die Japaner im Osten nur bis zu einer bestimmten Linie an die russischen Interessen herangelassen werden. So ungefähr lautet das Programm, mit dem das antibolschewistische Rußland gewonnen werden soll.

Und zweifellos auch gewonnen werden wird. In Moskau spürt man bereits ein unterirdisches Beben, man sieht sich nach Hilfe um; vielleicht daß die Sterbestunde sich doch noch etwas hinausschieben läßt. Deshalb die krampfhaften Anbiederungen nach Deutschland hin, wo man nicht nur Gesinnungsgenossen für die Revolution, sondern auch Kampfgenossen gegen die Entente zu finden hofft. **Deshalb die ungesäumte Ankündigung einer Delegation für den Delegiertentag unserer ASR, der Mitte Dezember stattfinden soll, die vom Vorwärts mit sicherem Instinkt in das Land verwiesen wird, wo der Pfeffer wächst. Deshalb die krampfhafte Aufrechterhaltung von Beziehungen zu uns, obwohl die Reichsregierung ihrerseits diese Beziehungen ganz unmißverständlich abgebrochen hat. Das Sowjet-Rußland ist eben für jeden Kulturstaat vertragsunfähig geworden. Es muß sterben — und wehe dem Land, das sich in seinen Untergang mit hineinreißen läßt!**

Fochs Ultimatum verlängert.

Das linksrheinische Verkehrswesen.

Der Vorschlag der deutschen Waffenstillstandskommission, Deutschland wolle bis 1. Februar alle in Reparatur befindlichen Lokomotiven ausliefern, wobei die in Belgien und Nordfrankreich beschlagnahmten deutschen Lokomotiven in Anrechnung gebracht werden sollten, ist von französischer Seite ohne Widerspruch entgegengenommen worden. Es darf daraus gefolgert werden, daß das Ultimatum **stillschweigend verlängert** bezw. auf die ultimative Erledigung der Angelegenheit verzichtet werden wird. Die französische Antwort steht noch aus. Auf Anordnung des Marschalls Foch ist der Direktor des Verkehrswesens in Köln zu einer Sitzung eingeladen, um über den gesamten Verkehrsdienst in dem von den Alliierten besetzten Gebiete und über die damit zusammenhängenden Angelegenheiten Auskunft zu erteilen. Der Termin für die **Internierung der Armee Mackensen** ist auf Bitte der deutschen Waffenstillstandskommission um zwei Tage verlängert worden.

Die Entente und Wilhelm II.

Welche Maßregeln etwa gegen den ehemaligen deutschen Kaiser zu treffen seien, das ist eine Frage, die im feindlichen Lager immer noch eifrigst behandelt wird. So hat jetzt das englische Kriegsministerium die Sache untersucht und ist zu folgendem Entschluß gelangt:

1. daß es in der Befugnis der alliierten Regierungen liege, die Auslieferung des Kaisers zu fordern,
2. daß die englische Regierung alle notwendigen Schritte tun werde, um seine Auslieferung zu erlangen,
3. daß, wenn seine Auslieferung feststehe, der Kaiser sich vor einem Gerichte zu verantworten haben werde.

Es wird weiter mitgeteilt, daß das Ministerium keine Schritte ergreife, ehe es sich mit den anderen alliierten Regierungen beraten habe. Es wird jedoch nicht daran gezweifelt, daß die französische und die italienische Regierung dieser Politik zustimmen. Von Wilson wird berichtet, daß er in der ganzen Kaiser-Angelegenheit größte Milde walten lassen will und nicht für Rachemaßregeln ist.

Die Kosten der feindlichen Besatzung.

Nach dem Waffenstillstandsvertrag müssen wir auch die Kosten der feindlichen Besetzung tragen. Diese sind gar nicht unerheblich und müssen kurzfristig bezahlt werden. **General Rudent hat der deutschen Kommission eine Note überreicht, in der für die englischen Besatzungstruppen für den ersten Monat 40 Millionen Mark gefordert werden, für die amerikanischen 54 Millionen. Die erste Rate von 10 Millionen ist in Düren, weitere 30 sind am 12. Dezember in Köln abzuliefern. Forderungen über weitere Kosten der Besatzung werden noch bekanntgegeben werden.**

In Aachen machen sich die belgischen Truppen sehr unbeliebt. Wenn belgische Offiziere kommen, müssen alle Bürger vom Bürgersteig treten und die Köpfe entblößen. Geschieht das nicht sofort, so schlagen diese Offiziere gleich mit den Reitpeitschen drauf los.

Kämpfe zwischen Mackensen und Tschechen.

Nach Meldungen aus Budapest kam es in Neudorf zu einem Kampf zwischen Tschechen und deutschen Truppen, als erstere einen gerade eingegangenen Personenzug ausplündern wollten. Ein Gegenzug mit deutschen Soldaten der Armee Mackensen war gerade eingelaufen. Es kam zu einem Kampfe zwischen Deutschen und Tschechen, der drei Stunden dauerte. Schließlich wurden die Tschechen vertrieben. Später traf auch eine ungarische Verstärkung ein. In der Nacht rückten die tschechischen Truppen wieder in Marchegg ein und besetzten den Ort. Kurz darauf stellte sich ihnen ein Bataillon der deutsch-österreichischen Volkswehr entgegen und vertrieb die Tschechen wieder.

Friedensschluß im Frühjahr.

Vor seiner Abreise nach Europa hat Wilson sich mit einer Botschaft an beide Häuser des Kongresses gewandt. Er sprach die Hoffnung aus, daß er formell den Friedensschluß für das Frühjahr ankündigen könne. Er gehe persönlich nach Europa, damit die Ideale, für welche die amerikanischen Soldaten gekämpft haben, auch verwirklicht würden. **Das neue große amerikanische Flottenprogramm unterstütze er, weil er es für unerwünscht halten würde,** wenn Amerika sich in seinem Flottenprogramm einer zukünftigen Weltpolitik schon jetzt anpassen würde, da über diese Weltpolitik noch keine Entscheidung getroffen ist.

*

Verschiedene Meldungen.

Zweibrücken, 3. Dez. Nach dem Einrücken französischer Truppenabteilungen, unter denen sich auch Farbige befanden, wurde die Stadt unter französisches Oberkommando gestellt.

Spaa, 3. Dez. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat unter Bezug auf Vorgänge in Aachen, wo ein belgischer Offizier jeden Telephonverkehr abgestellt, ersucht, daß die Betreffenden eine Verordnung erlassen möchten, durch die derartige Beeinträchtigungen des deutschen Verkehrswesens verhütet werden.

Kehl, 3. Dez. Aus Straßburg meldet Havas: Eine Ministerialverordnung ersetzt zugunsten der Elsaß-Lothringer das deutsche Münzsystem durch das französische, zum Kurs von 1,25 Frank die Mark.

Unerhörte Forderungen der Feinde.

50 Milliarden für Frankreich und Belgien.

Rotterdam, 3. Dezember.

Nach Meldungen aus London stellen unsere Feinde geradezu unerhörte Forderungen, die auf die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands hinauslaufen und mit einem sogenannten „Rechtsfrieden" nichts mehr gemeinsam haben. Wie verlautet verlangen sie:

1. Während einer Reihe von Jahren soll Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf rund 50 Milliarden Mark berechnet.

2. Sämtliche vernichteten Häuser in den Städten dieser Gebiete müssen von deutschen Arbeitern aufgebaut und das zu dem Wiederaufbau notwendige Material von deutschen Arbeitern beschafft werden.

3. Es soll Schadenersatz für den vernichteten Schiffsbau geleistet werden. Dazu ist eine Vereinbarung zwischen den Alliierten und den Mittelmächten zu treffen, die dahin gehen sollte, daß sämtliche deutschen Schiffe für Rechnung der gesamten Welt fahren, oder daß auf deutschen Werften neue Schiffe für die britischen oder anderen Kauffahrteiflotten gebaut werden.

Außer dem Schadenersatz an Belgien und Frankreich ist eine Entschädigung für sonstige Verluste zu zahlen. Auch sollen wir unseren gesamten Goldbestand an die Feinde abliefern. Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren beibehalten werden muß. Außerdem ist die deutsche Kohlenerzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen. — Die Verheerungen in Italien, Serbien und Rumänien sind gleichfalls wieder gutzumachen.

Wilson und die Seepolizei.

Über Wilsons Pläne verlauten jetzt Einzelheiten. Danach will er eine Weltpolizei zur See schaffen, an der sich alle internationalen Seemächte beteiligen sollen. Den Kern dieser Polizeiflotte sollen die ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe bilden. Eine englische Stimme äußert sich hierüber folgendermaßen: Zwei Punkte stehen fest, der Völkerbund und die freie See. Hierüber werden vielleicht zwischen Wilson und den Alliierten Meinungsverschiedenheiten bestehen, aber diese hofft man, bald beheben zu können, ebenso wie eine Anzahl strittiger handelspolitischer Streitfragen. Über die Dauer des Friedenskongresses verlautet in London, daß dieser etwa in sechs bis sieben Wochen beendet sein werde.

Konferenz der deutschen Regierungen.

Eisner lenkt ein.

München, 3. Dezember.

Zu einer Konferenz der deutschen Regierungen fordert der bayerische Ministerpräsident Eisner die Reichsregierung auf. Eisner wünscht, daß diese nach Jena oder einem andern zentral gelegenen Ort einberufen wird, in der eine programmatische Kundgebung der äußeren und inneren Politik zu vereinbaren ist. Zu den unerläßlichen Programmpunkten, sagt Eisner weiter, gehören die Fragen der Nationalversammlung, die Besetzung des Auswärtigen Amtes in Berlin und die Aktenveröffentlichungen. Die Konferenz soll, je nach der Größe der Bundesstaaten, aus 1 bis 3 Mitgliedern zusammengesetzt werden.

Gleichzeitig gab Eisner namens der bayerischen Regierung eine Erklärung ab, in der er sich zur Schaffung eines föderativen Staatswesens, damit also zur Reichseinheit bekennt und weiter u. a. sagt: Die Volksregierung Bayerns bekämpft einmütig die Methode des Terrors und der privaten Expropriation, wie sie auch unter den heutigen Verhältnissen eine sofortige umfassende Sozialisierung der Produktion nicht für möglich hält. Die Volksregierung

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF